

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

18. Plenarsitzung vom 27. Februar.

Der Präsident Graf zu Stolberg-Bernigerode eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.

Am Ministertische der Minister für landwirtschaftliche Angelegenheiten v. Selchow und einige Regierungskommissare.

Der Präsident theilt mit, daß unter anderen Gesetz-Entwürfen der Gesetzentwurf, betreffend die Aufbringung der Kosten für die Armenpflege in Schlesien, vom Abgeordnetenhaus herübergekommen ist. Nach einigen anderen geschäftlichen Mittheilungen wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Der erste Gegenstand ist der Bericht der Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Umwandlung des Erbleih-, Erbzinns- und Erbpachtverhältnisses in den Regierungsbezirken Wiesbaden und Kassel.

Berichterstatter Herr v. Wilkens beantragt den Kommissions-Entwurf anzunehmen.

Minister für landwirtschaftliche Angelegenheiten v. Selchow bittet, auf die ersten Vorschläge der Kommission nicht einzugehen, weil die Regierung nicht einseht, warum in Nassau andere Bestimmungen gelten sollen, als in den übrigen Landestheilen.

v. Kleist-Neßow rechtfertigt dem gegenüber die Vorschläge der Kommission.

(Justizminister Dr. Leonhardt ist in das Haus getreten.)

Graf Rittberg stimmt den Ausführungen des Ministers bei. Das Haus genehmigt ohne Spezial-Diskussion die §§. 1—8. Bei §. 9 empfiehlt Baron Senfft v. Pilsach, die Kommissionsvorlage anzunehmen, dagegen bittet Regierungs-Kommissarius Geh. Ober-Regierungsgerath Greif die Regierungsvorlage zu genehmigen, welches letztere geschieht. Ferner werden die §§. 10—17 nach der Regierungsvorlage, §. 18 dagegen nach dem Vorschlage der Kommission angenommen. Desgleichen werden die §§. 19—29, die von der Kommission unverändert geblieben, und demnach der ganze Entwurf genehmigt und einige Petitionen über diesen Gegenstand für erledigt erachtet.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Gemeinheitstheilungs-Ordnung für Wiesbaden, mit Ausnahme des Kreises Biedenkopf. Referent Herr Wilkens ersucht, den Entwurf anzunehmen, und Minister v. Selchow tritt diesen Ausführungen vollständig bei. Der Entwurf wird darauf mit den Aenderungen der Kommission angenommen.

Der dritte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanzkommission über die Petition der Kreisstände des Kreises Rastdorf vom 3. September 1868, betreffend die Aufbringung von Kreissteuern. Die Kommission schlägt dem Hause vor, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen. Dies geschieht.

Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlussberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Ausgabe von Talons zu den preussischen Staatsschuldverschreibungen. Referent Graf v. Ralbach empfiehlt im Sinne der Kommission, den Entwurf in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung anzunehmen. Dies geschieht ohne Diskussion.

Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlussberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Ueberweisung des Dotationsfonds der Hilfskassen an die provinzial- und kommunalständischen Verbände der acht älteren Provinzen der Monarchie.

Referent v. Nochow-Pleschow empfiehlt den Kommissionsantrag, den Gesetzentwurf in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung anzunehmen. — v. Klübow empfiehlt ein neu eingegangenes Amendement, das noch nicht gedruckt vorliegt und deshalb nicht mitgeteilt werden kann; v. Senfft-Pilsach schließt sich dem an. v. Kröcher erkennt wohl an, daß das Abgeordnetenhaus dem Herrenhause entgegengekommen sei und schließt sich dem Antrage an.

Das ganze Gesetz, sowie der eingegangene Verbesserungsantrag wird angenommen.

Der Präsident macht aufmerksam, daß über letzteren noch einmal abgestimmt werden muß, weil er nicht gedruckt vorliegt.

Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlussberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung kürzerer Verjährungsfristen im Gebiete des Appellationsgerichtes in Frankfurt a. M. Referent Graf v. Behr-Negendank beantragt die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Fassung anzunehmen. Es geschieht ohne Diskussion.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Eisenbahn-Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Auflösung des ober-schlesischen Eisenbahn-Garantiefonds unter Uebernahme der auf demselben haftenden Garantiepflcht auf die allgemeinen Staatsfonds, desgleichen die Deckung der im Jahre 1869 erforderlichen Ausgaben zur weiteren Vervollständigung der Staatsbahnen. — Berichterstatter v. Odershausen

empfehlte die Fassung des Abgeordnetenhauses anzunehmen.

Baron Senfft meint, es müsse dazu erst eine neue Anleihe gemacht werden, was Handelsminister Graf Ippenpliz widerlegt, es handle sich bloß darum, das jetzt frei gelegte Kapital mobil zu machen. Die Vorlage wird ohne Spezial-Diskussion angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident theilt ein Schreiben mit, daß Se. Majestät der König den Reichstag für den 4. März berufen habe und daß die Räume des Herrenhauses zu dieser ersten Sitzung des Reichstages in Anspruch genommen werden, da voraussichtlich keine Sitzung des Herrenhauses stattfinden wird.

Die nächste Sitzung findet Montag den 1. März statt. Der Präsident vertagt die heutige Sitzung auf ¼ Stunde, damit dann über das obgenannte Amendement abgestimmt werden könne. Das Amendement zu dem Antrage des Referenten bezüglich der Ueberweisung des Dotationsfonds der Hilfskassen geht dahin, den §. 3 so abzuändern, daß es vorbehalten bleibt, die Bestände der Hilfskassen von neuen provinzialen Verbänden im Wege der Gesetzgebung zu überweisen. Dieser von Herrn v. Landsberg gestellte Verbesserungsantrag wird, nachdem der Präsident nach ¼ Stunde die Sitzung wieder eröffnet, angenommen und sodann die Sitzung um 1½ Uhr geschlossen.

Abgeordnetenhaus.

Neunundfünfzigste Sitzung vom 27. Februar.

Präsident v. Jordanbeck eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr.

Am Ministertische: Graf Ippenpliz und mehrere Regierungskommissare.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Berlesung der Interpellation des Abg. v. Sybel und Genossen, deren Wortlaut wir bereits mitgeteilt.

Der Handelsminister erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit, und der Abg. v. Sybel weist zur Begründung derselben auf die eminente Bedeutung dieser Bahn für den internationalen Handel hin und spricht den Wunsch aus, daß das deutsche Interesse an diesem Unternehmen selbstständig abgemogen und festgehalten werde. Er wünscht, durch seine Interpellation der Staatsregierung Gelegenheit zu geben, vor der deutschen Nation Zeugniß davon abzulegen, daß ihr Interesse für das Unternehmen unwandelbar daselbe sei und daß sie nicht zurückschrecke durch die kolossalen Schwierigkeiten, welche sich diesem Unternehmen entgegenstellen.

Der Handelsminister verliest hierauf eine Erklärung, die etwa folgendermaßen lautet: Die königliche Staatsregierung habe den Wunsch, daß eine solche Bahn durch die Schweiz zu Stande komme und sie habe, so oft diese Frage angeregt wurde, sich darüber in diesem Sinne geäußert. Sie fühle sich aber außer Stande, ihre Sympathien für das Unternehmen anders, als in dieser Weise, zu betätigen, so lange nicht in der Schweiz die Verständigung über einen bestimmten Plan erreicht sei, aus welchem der erforderliche Aufwand an Kosten zu ersehen sei. Erst wenn dies erreicht sei, sei es an der Zeit, daß der norddeutsche Bund und die übrigen Staaten des Zollvereins ihr Verhalten zu einem solchen Unternehmen in Erwägung ziehen, und die Staatsregierung werde gern bereit sein, ihren Einfluß, daß dies geschehe, geltend zu machen.

Damit ist die Angelegenheit erledigt.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Agrar-Kommission über eine Anzahl Petitionen, welche sämtlich um Ausdehnung des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850 auf die Provinz Schleswig-Holstein bitten. — Die Kommission beantragt, die Petition der Staatsregierung zu überweisen, mit dem Antrage, dem Landtage ein solches Gesetz vorzulegen.

Nachdem der Berichterstatter Abg. v. Körber den Kommissionsantrag mit einigen Worten begründet, wiederholt der Reg.-Komm. Geh. Rath Schumann die Erklärung, daß die Staatsregierung eine solche Vorlage machen werde, sobald die erforderlichen Vorarbeiten beendet seien.

Der Antrag der Kommission wird angenommen. Dritter Gegenstand der Tagesordnung. Dritter Bericht der Unterrichts-Kommission über Petitionen.

Die Kommission berichtet über die bekannte Petition des Magistrats und der Stadtverordneten zu Breslau, dahin gehend: die Staatsregierung aufzufordern, unter Aufhebung der bisherigen Entscheidungen, der Kommune Breslau die Genehmigung zur Gründung einer Realschule und eines Gymnasiums zu erteilen, ohne diese Genehmigung davon abhängig zu machen, daß den gedachten Anstalten ein besonderer konfessioneller Charakter gegeben werde.

Im Gegensatz zu dieser Petition sind eine Anzahl anderer an das Abgeordnetenhaus gerichtet, welche sich theils gegen konfessionslose Schulen überhaupt richten,

theils die Errichtung eines Gymnasiums und einer Realschule erster Ordnung in Breslau ohne bestimmten konfessionellen Charakter nicht bloß bekämpfen, sondern den Antrag stellen, dafür eintreten zu wollen, daß die städtische Verwaltung Breslaus endlich der berechtigten Forderung der Katholiken durch Errichtung einer katholischen Realschule erster Ordnung entspreche.

Die Kommission hat, wie bereits früher berichtet, diese Petitionen einer eingehenden Prüfung unterzogen, sie ist jedoch nicht in der Lage, irgend einen Antrag an das Haus zu stellen, da sämtliche in der Kommission gestellte Anträge von derselben abgelehnt worden sind.

Hierzu sind nunmehr zwei Anträge gestellt: Abg. Lent hat den Antrag der Petition des Magistrats und der Stadtverordneten zu Breslau wieder aufgenommen; 2) Abg. Künzer beantragt: über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen, dagegen die Petition wegen Errichtung einer katholischen Realschule u. der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Berichterstatter ist der Abg. Schmidt.

Es melden sich 21 Redner.

Abg. v. Mallinrodt befürwortet die katholische Petition und den Antrag des Abg. Künzer, den er als eine Forderung der Gerechtigkeit bezeichnet.

Abg. Wehrenpennig meldet sich zunächst gegen die Bemerkungen des Vorredners, dessen Zahlenangaben er widerlegt. Der Redner, der sich für die Petition des Magistrats erklärt, weist nach, daß von den 2200 Unterschriften der katholischen Petition höchsten 800 Unterschriften von Personen herrühren, welche nach ihren Verhältnissen berechtigt wären, ihre Kinder in ein Gymnasium zu schicken. Die übrigen Unterschriften rührten von kleinen Handwerkern, kleinen Beamten, Gesellen u. her, welche kein Interesse für das Gymnasium haben könnten. — Die Anstellung evangelischer, katholischer und auch jüdischer Lehrer an einer Schule habe der Kultusminister bereits für zulässig erklärt. Wenn man an dem Namen konfessionslose Schule Anstoß nehme, so möge man die Sache in geschlichter Form bringen und der Schule einen Namen geben, welchen man wolle. Auf den Namen komme es nicht an. Wie die Sache eine ganz andere Wendung bekommen habe durch die Verfassung von 1850, so habe sie auch eine andere Wendung bekommen durch den Geist der Zeit, der heute herrsche. Es handle sich darum, ob das Haus durch sein Votum den Magistrat oder den Klerus zum Bürgen für die richtige Erziehung der Jugend auf den Gymnasien machen wolle, es handle sich darum, ob man in einer solchen Frage, in der die Verfassung auf Seite der Stadt stehe, die Rechte der Selbstverwaltung unterliegen wolle, oder die Willkür des jedesmaligen Ministers. Er empfehle den Antrag des Abg. Lent. (Beifall.) (Schluß folgt.)

Deutschland.

□ Berlin, 27. Februar. Der Alarm, den ein Theil der französischen Presse noch fortwährend macht wegen des in den belgischen Kammern beratenen und angenommenen Gesetzes, wonach die Abtretung jeder belgischen Eisenbahn von der Genehmigung der Regierung abhängig gemacht wird, muß um so mehr auffallen, als die ganze Angelegenheit und namentlich auf die Stellung, welche die belgische Regierung zu derselben einnimmt, schon längst vorher in Frankreich bekannt sein mußte. Schon am 11. Dezember vorigen Jahres wurde in der belgischen Deputirtenkammer eine Interpellation wegen des zwischen der Luxemburg-Brüsseler und der französischen Ostbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages an die Regierung gerichtet und von der Regierung hierauf die Erklärung abgegeben, daß sie einem solchen Vertrage niemals ihre Genehmigung geben werde. Selbst der Präsident des Administrations-Rathes der Luxemburg-Brüsseler Bahn hatte damals, als die Sache in den Zeitungen vom staatswirtschaftlichen und kommerziellen Standpunkte aus zur Erörterung kam und dabei namentlich auch darauf hingewiesen worden war, daß man auf diesem Wege eine Zollunion zwischen Frankreich und Belgien vorzubereiten suche, eine Erklärung abgegeben, worin er der Regierung zwar das Recht des Einspruchs zuerkannte, aber hinzufügte, daß er die Interessen der Bahn wahrnehmen und sich durch das Veto der Regierung nicht beirren lassen werde. Darauf hat die belgische Regierung das betreffende Gesetz bei den Kammern eingebracht. Damals hat die französische Presse kein Aufhebens gemacht, während sie die Sache jetzt so behandelt, als ob es sich um eine feindselige Stellung Belgiens gegen Frankreich handle und als ob dabei preussischer Einfluß im Spiele sei. Man nimmt daher wohl nicht mit Unrecht an, daß die ganze gegenwärtige Agitation auf einen Börsen-Schwindel zurückzuführen ist und daß die Spekulant an la baïsse in ihrem Interesse ihren Einfluß auf die ihnen zu Gebote stehenden Journale ausüben. Was speziell noch die Infimiation, die ein Theil der französischen Presse noch jetzt zu machen fortfährt, betrifft, daß Preußen bei der ganzen Angelegenheit seine Hand im Spiele

habe, so ist zur Widerlegung derselben vor Allem auch auf die Motive der belgischen Regierung hinzuweisen, mit welchen dieselbe die betreffende Gesetzesvorlage begleitet hat. Es wird in denselben gesagt, die Regierung könne nicht zugeben, daß der öffentliche Dienst, die Post, die Telegraphen, die Personenbeförderung, der Waarenverkehr, die Truppenbewegung in Friedens- und Kriegzeiten, die Beobachtung der Zollgesetze u. s. w. von Privat-Interessen oder gar von auswärtigen Einflüssen abhängig gemacht werde. Aus dieser Motivierung geht deutlich hervor, daß die Sache als eine innere Angelegenheit Belgiens behandelt wird. Uebrigens wird in mehreren Pariser Korrespondenzen auch die Bemerkung gemacht, daß man in Frankreich wegen dieser belgischen Vorlage besonders auch gegen England verstimmt sei, insofern man englischen Einfluß dahinter suche, daß man mit der Sprache aber nicht recht herausgehe, um nicht in Konflikt mit England zu geraten. Die Infimiation gegen England ist gewiß so unbegründet, wie die gegen Preußen. Wichtig ist nur, daß England von jeher die Erhaltung der Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens als eine Hauptaufgabe seiner Politik betrachtet hat. Und wäre eine solche Gefährdung der belgischen Unabhängigkeit zu befürchten, so würde Preußen sicher auch diejenige Haltung annehmen, die ihm die Verträge vorschreiben. — Der Ausschuß des Bundesraths für das Justizwesen hat Bericht über den Gesetzentwurf, betr. die Einführung der Allgemeinen deutschen Wechselordnung, der Nürnberger Wechsel-Novellen und des Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches als Bundesgesetze erstattet und denselben zu genehmigen beantragt. Der außerordentliche Ausschuß für die Gewerbeordnung hat gleichfalls seinen Bericht erstattet. Der Ausschuß hat sich über die Präjudizialfrage, ob es überhaupt an der Zeit sei, eine das ganze Gebiet des Gewerbebetriebs umfassende Gewerbeordnung in die legislativen Wege zu leiten, ob durch die Emanation des Nothgewerbegesetzes dem Bedürfnis genügt und das Weitere der Spezialgesetzgebung zu überlassen sei, nicht einigen können und die Entscheidung über dieselbe daher dem Plenum des Bundesraths anheim gegeben. Bei der Berathung des Details des Gesetzes sind vom Ausschuß nur wenig Veränderungen beantragt worden. — Nachdem die Gerichte über eine Modifikation des Ministeriums in den Hintergrund getreten sind, kommen in den Zeitungen besonders allerlei Kombinationen über die bevorstehende Besetzung der vakanten höheren Beamtenstellen zum Vorschein. Namentlich wird auch behauptet, daß Herr v. Blankenburg bestimmt sei, den als Oberpräsident nach Königsberg gehenden Herrn v. Münchhausen im Oberpräsidium der Provinz Pommern zu ersetzen. In wogebenden Kreisen ist von der Berufung des Herrn von Blankenburg nicht die Rede gewesen und zwar schon deshalb nicht, weil von der Berufung des Herrn v. Münchhausen Abstand genommen und das Oberpräsidium der Provinz Pommern demnach überhaupt nicht erledigt ist. — Die Frage der Anlegung von Kanälen in großen Städten zur Abführung des unreinen Wassers ist nicht mehr eine örtliche, die Berlin allein betrifft, sondern eine europäische geworden. In Paris werden jetzt Versuche angestellt, das Kloakenwasser zu desinfizieren, welche einen Zeitraum von 3 Jahren wahren sollen. Auch hier in Berlin soll eine gemischte Kommission, bestehend aus einem Vertreter des landwirtschaftlichen Ministeriums, des Handelsministeriums und der städtischen Behörde in der ersten Hälfte der nächsten Woche zusammen-treten, um ein Programm für in Aussicht genommene Versuche mit dem Sauerstoff-Desinfektionsmittel aufzustellen. Dieses Mittel soll die Wirkung haben, das reine geruchlose Wasser von den unreinen faulen Stoffen zu sondern, so daß diese zur Verwendung als Dünger übrig bleiben, während jene, ohne das Wasser zu verunreinigen, in fließendes Gewässer geleitet werden können. Es ist vorgeschlagen worden, den Abfluß des Abzugskanals an der Königgräber Straße für diese Versuche zu benutzen. Am Ausgange dieses Kanals sollen die nöthigen Apparate aufgestellt und die entsprechenden Einrichtungen getroffen werden. Von diesen Versuchen wird die Lösung der Frage, ob Berlin mit Abzugskanälen versehen werden soll, im Wesentlichen abhängen. — Obgleich schon Mitglieder des Landes-Oekonomie-Kollegiums zu den Berathungen des Bundesraths über die Frage des Motus der Besteuerung des Branntweins zugezogen worden sind, so dürfte diese Frage doch auch noch im Landes-Oekonomie-Kollegium selbst zur Sprache kommen. Es handelt sich bekanntlich bei den betreffenden Berathungen darum, ob statt der Maßsteuer eine Fabriksteuer einzuführen sei.

Berlin, 28. Februar. Se. Maj. der König nahm gestern Vormittags die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Perponcher, der Chefs des Civil- und Militär-Kabinetts v. Mühlher und v. Treschow, des Unterstaatssekretärs v. Thile, des Geh. Hofrathes v. Bort entgegen und empfing alsdann den Ober-Jägermeister Grafen v. d. Aseburg, den General Grafen Wilhelm zu Stolberg-Bernigerode, und den nach mehrwöchiger Anwesenheit in Mentone hierher zurückgekehrten Kabi-

netzsekretär der Königin Wittve, Harber, welcher schon in kurzer Zeit dem Oberhofschloßhauptmann Grafen Keller wieder nach Mentone folgt. Nachmittags 5 Uhr wohnten das Königspaar, der Kronprinz u. im wissenschaftlichen Verein in der Singalademie dem Vortrage des Stadtraths Dr. Degenkolb über: „Die altromäische und die heutige deutsche Stadtgemeinde“ bei. Abends erschien der K. Hof theils in der Oper, theils in der französischen Theater-Vorstellung.

Der Prinz Albrecht kehrt zur Eröffnung des Reichstages von der Villa Albrechtsberg bei Dresden hierher zurück, und wird dann sofort seinen Sitz im Hause einnehmen.

Bei Gelegenheit eines Besuches des Fürsten von Montenegro in der Waffenkammer des hiesigen Zeughauses hat derselbe das Seitengewehr von einem seiner Adjutanten dem Zeughause zum Geschenk gemacht. Der Säbel ist der Abtheilung für fremdländische Waffen einverleibt worden.

Insterburg, 27. Februar. Der Handelsminister hat dem Verwaltungsrath der ostpreussischen Südbahn die Erlaubniß erteilt, die generellen technischen Vorarbeiten für den Weiterbau der Südbahn von Lyck bis zur Landesgrenze in Angriff zu nehmen.

Thorn, 25. Februar. Von Behörden im Königreich Polen werden an hiesige Behörden jetzt sehr häufig Anschreiben in russischer Sprache gerichtet, welche natürlich unerledigt zurückgehen müssen, da diese Sprache unseren Behörden unbekannt ist und russische Dolmetscher nicht angestellt sind.

Hannover, 25. Februar. Ein Welfen-Regiment aus Holtenau, Amts Calenberg, A. Lehnhoff, der im Leibregiment gedient hat, ist plötzlich in Caen gestorben. Die Bekanntmachung des Todesfalles in der „S. L.-Z.“ ist unterzeichnet: „Königlich hannoversches 1. oder Leib-Regiment, 2. Bataillon.“

△ Von der Elbe, Ende Februar. Die Haltung der belgischen Presse gegenüber französischen Gelüsten, welche sich in der Pariser Pöbelzeitung mit überberechneter Leidenschaftlichkeit kund geben haben, hat einen überaus erfreulichen Eindruck gemacht. Jeder Staat will selbstständig für sich da stehen, und sich, soweit möglich, sein Geschick selbst schaffen. Ganz Belgien hat sich gegen französische Einmischung aufgelehnt. Es bedurfte wahrlich keines preussischen Druckes für solche Wahrung der eigenen freien Willensäußerung, wenn auch Belgien für die mannhafteste Aufrechterhaltung seiner europäisch verbürgten Neutralität in der Neugestaltung Deutschlands durch preussischen Volksmuth und preussische Staatsweisheit einen schätzenden Halt errannt haben mag. Wir würden uns freuen, wenn in ganz Deutschland mit gleicher Einstimmung jegliche Einmischung Frankreichs in die Fortbildung der deutschen Verhältnisse zurückgewiesen würde. Wenn in Frankreich noch ein Wunsch herrscht, sich ein Stück unseres Vaterlandes anzuweihen, so wird er nur durch die frevelhaften Bestrebungen und Vorpiegelungen einer böseartigen und unaufrichtigen Koalition genährt, welche aus Haß gegen das monarchische und tolerante Preußen Deutschlands Zerfall mit allen ihr zu Gebote stehenden Geld- und Preßmitteln herbeizuführen arbeitet. Nirgendwo wird die Schamlosigkeit einer antipreuussischen Allianz mit Frankreich offener an den Tag gelegt, als im ultramontanen Bayern, dessen Klerus hinter der ihm unterworfenen Bevölkerung steht — die württembergische Demokratie und die welfische Reaktion huldigen zwar derselben Ansicht, wissen ihr jedoch noch ein Mäntelchen umzuhängen, weil Vaterlandsverrath keine leichte Angelegenheit ist; sie lassen den Nachweis versuchen, daß Preußen ohnmächtig ist, im eventuellen Kriegsfall Süddeutschland zu schützen, so daß dieses sich mindestens neutral verhalten müsse; sie treten den Schutz- und Trugbündnissen aus dem Grunde entgegen, weil denselben zufolge im Kriege Preußen das deutsche Gesamttheer zu führen berufen ist, ein Amt, welches auf deutsche Einigung hinweist, und ein von so vielen Deutschen ersehntes Ziel deutlich vor Augen stellen würde; sie werfen den Preußen die Allianz mit Italien vor, als ob Italien jemals daran gedacht oder denken wird, sich ein Stück von Deutschland zu annektiren. Kurz, es werden die verschiedensten Versuche und Einschüchternungen gemacht, um die Gemüther zu verführen, die Unwissenden zu betrügen, die Schwachen irre zu leiten. Es erinnert an die Delila, welche den starken Simson schwächen sollte, und an die elenden Philister, welche selbst kaum den Muth der offenen Feindschaft besaßen. Fort mit ihnen, deutsches Volk! laß dich nicht verblenden! Schleudre deinen Bann auf die bösen Feinde, die dich dem ausländischen Joche unterwerfen möchten, nur um ihre eigenen Gelüste der Empörung, des Rückschritts und der Verdummung zu befriedigen; das preussische Volk in Waffen steht fest, schließe dich ihm überall vertrauensvoll an, es hat seinen Muth bewährt und Gottes Segen hat stets über ihm geleuchtet!

Hofsch, 27. Februar. Die Versammlung der liberalen Partei hat beschlossen, bei dem Reichstage zu petitioniren, er möge den Bundesrath veranlassen, die Kompetenz des Freiwälder Schiedsgerichts betreffend der mecklenburgischen Verfassungsfrage einer Prüfung zu unterziehen und ferner die Einleitungen dazu zu treffen, um die Landesverfassung mit den berechtigten Ansprüchen der mecklenburger Staatsbürger in Einklang zu setzen.

Leipzig, 27. Februar. König Johann von Sachsen hat bei seiner Anwesenheit in Leipzig im Gespräche mit hervorragenden Bürgern mehrfach Veranlassung genommen, auf die allgemeine politische Lage einzugehen. Nicht allein, daß er die kriegerischen Verführungen als ganz unbegründet darstellte, sondern es

wurde auch von ihm die fortschreitende Entwicklung und Erstarung des norddeutschen Bundes besonders betont. Sein unerschöpflich Mißfallen äußerte er, als die Rede auf die Existenz derjenigen Partei kam, welche den Abfall Sachsens vom Bund für Tag predigt.

Weimar, 26. Februar. Hofrath Dr. Rudolph Goldschall in Leipzig hat vom Großherzog von Sachsen-Weimar das Ritterkreuz erster Klasse des Ordens vom weißen Falken erhalten.

Darmstadt, 27. Februar. Der Finanzausschuß der zweiten Kammer hat einen ausführlichen Bericht über das Militärbudget erstattet. Die Majorität (Präsident Werner, Berichterstatter Febr. Loewe und die Mitglieder Goldmann, Hunsinger und Kraft) trägt — wenn auch in den Motiven nicht ganz übereinstimmend — im Allgemeinen auf Bewilligung der im norddeutschen Bund geltenden Bezüge, Gagen u. an, während die Minorität (Dumont und Fink) eine wesentlich abweichende Stellung einnehmen. Es sind indessen gleichwohl Einsparnisse von beinahe 200,000 Gulden an dem Militärbudget von dem Ausschusse vorgelesen und beantragt. — Der Finanzausschuß der ersten Kammer ist mit den Anträgen der Majorität des Ausschusses der zweiten Kammer im Wesentlichen einverstanden. Man glaubt, daß die Verhandlungen in der zweiten Kammer über das Militärbudget den 8. März beginnen können.

Wien, 28. Februar. Die „Neue fr. Presse“ meldet: Der Finanzminister hat mit der Kreditanstalt, sowie mit den Häusern Rothschild und Wodianer unter günstigen Bedingungen einen Vertrag wegen Begebung von 10 Millionen Gulden österreichischer Rente abgeschlossen. — Der Verwaltungsrath der Kredit-Anstalt hat beschlossen, die Kapitalreduktion zu vertagen. — Ein Privat-Telegramm der „Neuen freien Presse“ aus Paris meldet: Die Verhandlungen wegen der italienischen Kirchengüter sind abgebrochen. — Daud Pascha betreibt in Paris die Verhandlungen wegen der türkischen Eisenbahn-Anleihe. Die Pariser Financiers wollen jedoch nur gemeinsam mit den österreichischen operiren.

Aus Rom vom 26. Februar wird gemeldet, daß Herr Posada Herrera wieder abgereist, ohne von der päpstlichen Regierung anerkannt worden zu sein, und eben so wenig sei Herr Kimenes, der spanische Geschäftsträger, als Vertreter Spaniens anerkannt.

London, 28. Februar. Reuters Bureau meldet aus Madrid vom 27. ds.: In Barcelona haben die Freiwilligen der Freiheit die Aufstandsversuche der sozialistischen Partei unterdrückt und 33 Personen verhaftet. — Die Carlisten haben in der Provinz Barcelona eine Niederlage erlitten. — Der Minister des Innern, Sagasta, hat den Cortes anempfohlen, den beabsichtigten Amnestie-Erlaß noch hinauszuschieben.

London, 26. Februar. Das gute Einvernehmen mit Afghanistan hat sich au; der Vikönig von Indien wird sich, ehe er Simla aufsucht, nach der nordwestlichen Grenze begeben, um dort mit dem siegreichen Emir Schir Ali eine Zusammenkunft zu haben. Schir Ali wird voraussichtlich ein Geschenk von 1,200,000 Rupien (150,000 £) und 4000 Gewehren empfangen. Seinen Einzug in Kabul hat er am 16. Januar unter großen Festlichkeiten gehalten. Aus den übrigen indischen Nachrichten (vom 6. ds.) ist die erfreuliche Kunde hervorzuheben, daß im Pendjab und in den nordwestlichen Provinzen wieder ein Regenfall eingetreten ist und große Strecken Landes vor dem Verderben gerettet hat. Nach Katkhar fern im Osten, wo unlängst das Erdbeben, und danach die wilden Gebirgsstämme Verheerungen angerichtet haben, wird die Regierung Truppen absenden, um die Räuber in ihre Berge zurückzujagen.

Kopenhagen, 27. Februar. Der Reiseurlaub des Kriegsministers Naasloff ist um zwei Monate verlängert worden; während dessen übernimmt der Ministerpräsident sein Portefeuille. — Die Dividende der Privatbankaktien ist auf 7 1/2 Prozent festgesetzt.

Rumänien. Der Wiener „Presse“ wird aus Bukarest telegraphisch, daß die österreichischen Juden, die in Galacz ansässig sind, durch Vermittelung des am 24. Februar abgereisten General-Konsuls von tausend Dukaten Schadenersatz von der rumänischen Regierung erhalten haben.

Stettin, 1. März. Zum Besten des pommerischen Museums hielt Herr Oberstabsarzt Dr. Roth aus Berlin vorgestern einen Vortrag über „öffentliche, besonders militärische Gesundheitspflege, mit Rücksicht auf den Feldzug in Abyssinien.“ Nach einigen Vergleichs zwischen der Vergangenheit und Gegenwart in Bezug auf die Begründung der Ursachen allgemeiner Volkskrankheiten, bezeichnete Reder als die drei Kardinalbedingungen einer guten Gesundheitspflege: „reine Luft, reines Wasser und reinen Boden.“ Ein wesentliches Augenmerk sei auf die Luft zu richten, noch mehr aber als von der Reinigung dieser hänge diejenige des Wassers ab, indem sich in diesem alle Stoffe dauernder erhalten, mithin viel schwerer abzulassen als in der Luft wirken. Von wesentlicher Bedeutung, indessen doch mehr in den Hintergrund tretend, seien die Fragen der Nahrung und Kleidung, welche in diejenige Kategorie fallen, welche vorwiegend mit dem Begriff „einer vernünftigen Lebensweise“ zu bezeichnen pflegten. Der Herr Vortragende suchte sodann den statistischen Nachweis zu führen, daß in den Kriegen häufig die Seuchen viel nachtheiliger als die Waffen wirkten und führte hierbei spezielle Zahlen an. Sodann auf einzelne Details des abyssinischen Feldzuges übergehend,

schloß Redner mit der Bemerkung, daß unsere Nation im Ganzen der Gesundheitspflege noch ziemlich fern geblieben sei, daß wir uns der Macht und dem Wohlse des Vaterlandes aber mehr und mehr nähern, je eher die Prinzipien einer ordnungsmäßigen Gesundheitspflege sich Bahn brechen würden.

— Aus zuverlässiger Quelle hören wir, daß der Herr Ober-Präsident Freiherr v. Münchhausen unserer Provinz erhalten bleibt.

— Wie aus Neu-Vorpommern gemeldet wird, betrachtet man dort als Nachfolger des Herrn Regierungspräsidenten Grafen Krassow schon seit Jahren den jetzigen Landrath des Franzburger Kreises, Herrn Grafen v. Behr auf Sernow.

Der 51 Jahr alte obdachlose Arbeiter Otto, welcher in der Gegend bei Colberg heimathlich, wachte, wahrscheinlich aus Lebensüberdruß, seinem Leben geben dadurch ein Ende, daß er sich mittelst eines starken Leberriemens an einem Baum in dem von Grünhof nach Torney führenden Thale der Birken-Allee erhängte, wofür die Leiche Nachmittags aufgefunden wurde.

— Ein Erkenntniß des königlichen Obergerichtes vom 20. Januar bestimmt: Die Verjährung der Ehebruchstrafe beginnt erst mit der Rechtskraft des die Ehecheidung aussprechenden Urtheils.

— Bezüglich der Einstellung des für dieses Jahr erforderlichen Bedarfs an Rekruten bei der Armee, soll zu dem, durch den Feldzug von 1866 unterbrochenen regelmäßigen Ersatzturnus wieder zurückgekehrt werden. Die zur Erreichung obiger Maßnahme in den Jahren 1867 und 1868 bei der Infanterie, den Jägern, den Pionieren und der Artillerie angeordnet gewesenen Beurlaubungen einer bestimmten Anzahl von Mannschaften von zweijähriger Dienstzeit bei den einzelnen Truppentheilen hören daher bis auf Weiteres auf.

— Wie schon früher mitgetheilt, werden die Kontrol-Versammlungen für die in „Reserve-Verhältnissen“ befindlichen Mannschaften nur öffentlich bekannt gemacht, so daß schriftliche Ordres zum Erscheinen auf diesen militärischen Versammlungen nicht mehr den einzelnen Beschlagnahmten zugehen. Ungehöriges Nichterscheinen wird bei denen angenommen, die ohne glaubhaft nachgewiesene Entschuldigung ausbleiben, und mit Militär-Arrest bestraft; ja, wer zur festgesetzten Stunde nicht zur Stelle ist, erhält schon Arrest. Entschuldigungsgründe müssen vor dem Appell eingereicht, amtlich beglaubigt und ausgefertigt sein, widrigenfalls sie unberücksichtigt gelassen und die vorerwähnte Arreststrafe eintreten wird. Mannschaften, welche im Besitze von Orden, Ehrenzeichen und Denkmünzen sind, haben diese zum Appell anzulegen.

Ammeisburg, 27. Februar. In der Nacht zum 26. d. M. ist die dem Kaufmann Fröhe in Stolp gehörige Dampfschneidemühle, welche in Döberow-Walde, unweit des Borwerks Sagemühl stand, vollständig niedergebrannt. Da in dieser Schneidemühle seit Monaten nicht mehr gearbeitet worden, so wird vermutet, daß dieselbe durch rathlose Hände in Brand gesteckt worden; es ist indes Näheres bis jetzt nicht ermittelt.

Demmin, 27. Februar. Am 15. d. M. ertränkte sich die 75 Jahre alte Wittve des Tagelöhners Duff, Dorothea geb. Pravel, zu Lütjpaß, in einem im Dorfe belegenen Teiche. Als Ursache des für eine so hochbetagte Frau immerhin mehrwürdigen Selbstmordes, wird uns Lebens-Ueberdruß nach einer langwierigen Krankheit bezeichnet. — In der am 24. d. M. stattgehabten Stadtverordneten-Sitzung wurde an Stelle des auf sein Gesuch ausgeschiedenen Rathsherrn Brehmer der Stadtverordnete Hr. Rentier W. Geffellius für die Zeit von jetzt bis zum 1. Januar 1872 zum Rathsherrn gewählt. Es muß diese Wahl als eine sehr glückliche bezeichnet werden, da Herr v. Geffellius sich nicht nur der allgemeinsten Achtung erfreut, sondern auch als äußerst populär gilt, ein Feind aller extremen Parteibestrebungen ist, ein sehr gesundes Beurtheilungsvermögen besitzt und für die städtischen Angelegenheiten stets ein warmes Interesse gezeigt hat. Seiner Bestätigung werden daher keinerlei Bedenken im Wege stehen. — In derselben Sitzung nahm die Versammlung Kenntniß von einem Schreiben des Herrn Bürgermeisters Rose, durch welches dasselbe sein Eigenthumsrecht an die von ihm verfaßte Chronik der Stadt Demmin seit dem Jahre 1772 bis in die neueste Zeit als Fortsetzung der Chronik des seligen Pastor Stolle an die Stadtverordneten-Versammlung überträgt. Letztere beschloß Herrn Rose für das sie ehrende Geschenk, welches sie mit Freude und Befriedigung entgegennehmen, ihren Dank in einem besonderen Schreiben auszusprechen.

Straßburg, 27. Februar. Se. Majestät der König hat geruhet, der hiesigen Stadtbibliothek die Werke Friedrichs des Großen in der (nicht in den Buchhandel gekommenen) Neacht-Ausgabe zu schenken.

Bermischtes. — In der Wiener „Presse“ beschreibt ein Däne, der bei der Explosion des Linien Schiffes Christian VII. am 5. April 1849 mit in die Luft flog und mit dem Leben davongekommen ist, seine Erlebnisse und Empfindungen. Er giebt dabei alles Ernstes folgende Mithauslaube zum Besten: „Im ersten Augenblick verging mir Hören und Sehen, doch bald kam ich wieder zu mir und begriff die ganze Affaire. Lieutenant Fris baute das Schiff in die Luft gesprengt. Ich stieg immer höher empor. Nicht weit von mir sah ich unseren Fortmaß fliegen, der sich in gefährlicher Weise um sich selber drehte. Nach oder hin war Alles in eine gewaltige Pulverwolke gebüllt, welche die Sonne verdeckte; unken aber lag das Land in farbiger Frühlingspracht

vor meinem schwindelnden Blick ausgebreitet da. Die Dstee glitzerte in der frischen Brise wie Silber, im Nord zogen die grünen Wellen mit ihren kleinen weißen Kämmen. Aber von dem prächtigen Linienschiff war nichts mehr übrig als ein flammender Krater, und auf der Fregatte „Gefion“ wehte die Flagge des Feindes. O, mein armes Dänemark, wie viel hast Du verloren! Ich schägte — dies ist ein merkwürdiges psychologisches Factum — während ich in der Luft flog, den Verlust auf eine und eine halbe Million Rigsdaler. Indessen wurde meine Bewegung nach oben von Sekunde zu Sekunde langsamer, und zuletzt kam es mir vor, als schwebte ich einige Augenblicke ganz ruhig im Aether. Ungeahntes Wohlbehagen durchzitterte meine Brust und Vertrauen in die Zukunft meines heißgeliebten Vaterlandes zog in meine Seele. Doch dauerte dies nicht lange, ich sank langsam wieder zur Erde hinab und der Fortmaß und alle Trümmer um mich her sanken mit mir. Nur die ungeheure Wolke von Pulverrauch hielt sich in den Lüften und schien langsam gen Westen zu schweben. Ganz anders war meine Stimmung, als ich mich jetzt mit einer Geschwindigkeit von fünfzehn Fuß in der Sekunde der Erde wieder näherte. Beim Hinauf-fliegen fühlte ich mich nicht unglücklich, beim Herabfallen empfand ich dagegen eine drückende Bangigkeit, die kaum zu beschreiben ist. Ich sah den Tod vor Augen, an den ich früher nie gedacht hatte; die Zeit meiner Kindheit blühte in meiner Erinnerung auf, ich gedachte meiner Mutter und aller meiner Lieben, und schloß die Augen. In rasendem Sturz, den Kopf voran, fuhr ich hinab. Schäumend schlug das klare und reine Wasser über mir zusammen, als ich wie eine Bombe untertauchte. Immer tiefer, immer tiefer und immer langsamer sank ich. Unten herrschte eine grünliche Dämmerung. Endlich hatte ich den todten Punkt erreicht und es schien, als würde ich vom Wasser wieder emporgehoben. Mir ging schier die Luft aus, doch strengte ich meine Lunge aufs Aeuperste an und ward mit dem Leben belohnt. Immer schneller ging es hinaus und schließlich fuhr ich wie ein Korkkropfen an die Luft. Kräftige Arme fingen mich auf, hoben mich in das rettende Boot und führten mich als Kriegsgefangenen in Arrest.“

Wochen-Berichte.
Stettin, 1. März. Witterung: leicht bewölkt. Wind SW. Temperatur + 4 ° R.
Weizen matt, pr. 212 3/4 Sch. gelber inland 65 bis 69 Sch. bez., ungar. 58-65 Sch., blaupigiger 55 Sch., weißer 69-70 1/2 Sch., geringer 66-68 Sch., bunter 66-67 Sch., 83-85 Sch. gelber per Febr. 67 1/2, 1/2 Sch. bez., Br. u. Bd., Mär.-Juni 68 Sch. bez.
Roggen wenig verändert, pr. 2000 Sch. loco 49 bis 50 1/2, Febr. 49 1/2, 1/2, 1/2 Sch. bez., Mai-Juni 50 Sch. bez., Juni-Juli 51 Sch. Br. u. bez.
Gerste still, pr. 1750 Sch. loco ungar. 40-46 Sch.
Hafer matt, pr. 1300 Sch. loco 33 1/2-33 3/4 Sch., pomm. 34-34 1/2 Sch., per 47-50 Sch. Febr. 33 1/2 Sch. Br. Erbsen pr. 2250 Sch. loco Futter 54 1/2-56 1/2 Sch., Koch 56-57 1/2 Sch.
Rübbel bez. ugt, loco 9 1/2 Sch. Br., Ammeisburg 9 1/2 Sch. bez., März-April u. April-Mai 9 1/2 Sch. bez., Septbr.-Oktobr 10 1/2 Sch. bez., Br. u. Bd.
Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 14 1/2 Sch. bez., März 14 1/2 Sch. Br., 14 1/2 Sch. Bd., Febr. 14 1/2 Sch. Br. u. Bd., Juni-Juli 15 1/2 Sch. Bd., Juli-August 15 1/2 Sch. Bd., 2 1/2 Br. u. Bd. Angemeldet: 100 Ctr. Rübbel.
Regulirungspreise: Weizen 68, Roggen 50, Rübbel 9 1/2, Spiritus 14 1/2.

Stettin, den 1. März.

| Stadt | Tag | Preis |
|----------------------|---------|---------------|
| Hamburg | 6 Tag. | 151 1/2 bz |
| Amsterdam | 2 Mt. | — |
| London | 8 Tag. | 142 G |
| Paris | 2 Mt. | — |
| London | 10 Tag. | 6 25 bz |
| Paris | 3 Mt. | — |
| Paris | 10 Tag. | — |
| Brömen | 2 Mt. | 81 1/2 B |
| St. Petersburg | 3 Mt. | — |
| Wien | 3 Wch. | 91 1/2 G |
| Wien | 8 Tag. | 83 G |
| Wien | 2 Mt. | 82 1/2 B |
| Preuss. Bank | 4 | Lomb. 4 1/2 % |
| Sts.-Aul. 5457 | 4 1/2 | — |
| St.-Schldsch. | 3 1/2 | — |
| P. Präm.-Anl. | 3 1/2 | — |
| Pomm. Pfäbr. | 3 1/2 | — |
| Rentenb. | 4 | — |
| Ritt. P.P.E.A. | 4 | — |
| Berl.-St. E.A. | 4 | — |
| Prior. | 4 1/2 | — |
| Starg.-P.E.A. | 4 1/2 | — |
| Prior. | 4 | — |
| St. Stadt-O. | 4 1/2 | 92 B |
| St. Bürsenhaus-O. | 4 | — |
| St. Schauspielh.-O. | 4 | — |
| Pom. Chausseb.-O. | 4 | — |
| Greifenhag.-Kreis-O. | 4 | — |
| Pr. National-V.-A. | 4 | 115 B |
| Pr. Soc.-Asscuranz | 4 | 100 G |
| Pomerania | 4 | 120 B |
| Union | 4 | 110 B |
| St. Speicher-A. | 5 | — |
| Ver.-Speicher-A. | 5 | — |
| Pom. Prov.-Zuckers. | 5 | — |
| N. St. Zuckersiod. | 5 | 160 B |
| Mesch. Zuckersfabrik | 4 | — |
| Brodower | 4 | — |
| Walzmühle | 4 | — |
| St. Portl.-Cementf. | 4 | — |
| St. Dampfschlepp-G. | 5 | — |
| St. Dampfschiff-V. | 5 | — |
| Neue Dampfer-C. | 4 | — |
| Germania | 4 | 102 1/2 B |
| Valkan | 4 | 150 B |
| St. Dampfmühle | 4 | 106 B |
| Pommerensd. Ch.F. | 4 | — |
| Chem. Fabrik.-Ant. | 4 | — |
| St. Kraftdünge-F. | 5 | — |
| Gomöann. Bauges. | 4 | — |
| Grabow Stadt-Obl. | 5 | — |